

**Antworten auf die Fragen des
Gesamtverbandes Handwerk Sachsen-Anhalt e.V.
anlässlich der Landtagswahl 2006**

Was planen Sie bei ihrer Regierungsbeteiligung:

1. *für die Investitionspolitik, die Ansiedlungspolitik und die Eigenkapitalstärkung handwerklicher Unternehmen?*

Schwerpunkt ist die Stabilisierung, der Erhalt und die Weiterentwicklung der vorhandenen Unternehmen.

Wir setzen auf eine gezielte Strukturpolitik, die eine innovationsgetragene Entwicklung unterstützt.

Klein- und mittelständische Unternehmen, die neue Technologien nutzen und neue Märkte erschließen wollen, benötigen Risikokapital. Dazu wollen wir einen entsprechenden Landesbürgerschaftsfonds zur Verfügung stellen.

Eine wichtige Aufgabe ist die beschäftigungs- und umweltorientierte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Deshalb werden wir uns dafür einsetzen:

- dass das von der Bundesregierung versprochene kommunale Investitionsprogramm endlich umgesetzt wird,
- Klein- und mittelständische Unternehmen z. B. dadurch zu entlasten, dass auf arbeitsintensive Dienstleistungen ein deutlich ermäßigter Mehrwert- bzw. Umsatzsteuersatz angewandt wird,
- dass die Unternehmen befähigt werden, solche Umsätze zu realisieren, um überhaupt Einkommenssteuern zahlen zu können.

Wir treten dafür ein, dass die EU-Dienstleistungsrichtlinie in der vorliegenden Fassung nicht angenommen und gründlich überarbeitet wird.

Wir treten dafür ein, dass die Entsenderichtlinie und das bundesdeutsche Entsendegesetz erhalten bleiben.

Das von der Investitionsbank eingeleitete Mikrodarlehensprogramm werden wir weiter ausbauen. Schwerpunkt sind Kontokorrent ersetzende Hilfen für KMU. Diese Mittel sollen auch dazu dienen, die durch Basel II erzeugten Benachteiligungen zu mildern.

2. *... für die Schaffung von Perspektiven im Handwerk, beispielsweise durch*

- *Beseitigung bürokratischer Hemmnisse und Gestaltung maßvoller, sachlich angemessener Auflagen*

Die mit den drei Investitionserleichterungsgesetzen der CDU/FDP-Landesregierung getroffenen Veränderungen werden wir gründlich auf ihre Wirksamkeit überprüfen.

Die Gründungsdynamik muss verstetigt werden, das Ende der Förderung darf nicht die Gründung beenden.

Die Förderung bei Existenzgründungen darf nicht für Dumpingpreisangebote missbraucht werden, sondern muss zwingend dem Eigenkapitalaufbau dienen.

Hoffnungen auf wirtschaftsfördernde Effekte der neuen Landesbauordnung sind nicht erfüllt worden. Hier ist zu prüfen, welche Änderungen tatsächlich notwendig sind.

Wir sind für systematische Rechtsvereinfachung in ausgewählten Bereichen, Beschleunigung von Verfahren und Optimierung der Verwaltungsstrukturen. Das Rechtsvereinfachungsgesetz der Landesregierung leistet dies nicht. Erforderlich ist die Entlastung der KMU von nicht notwendigen statistischen Erhebungen.

- Gestaltung finanzpolitischer Rahmenbedingungen

Die Linkspartei.PDS hat ein eigenes Steuerkonzept entwickelt, das auf dem Prinzip basiert, die Besteuerung an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen auszurichten.

Das Steuerkonzept sieht u.a. die verfassungsrechtlich konforme Wiedererhebung der Vermögenssteuer, eine progressiv angelegte Vermögenssteuer, die Besteuerung von Börsengeschäften und Finanzspekulationen und die Abschaffung des Ehegattensplittings vor. Dafür soll u.a. der ermäßigte Steuersatz auf arbeitsintensive Dienstleistungen, insbesondere im Handwerk, ausgedehnt werden.

Schwerpunkte sind u. a.: Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Dazu haben wir einen umfangreichen Maßnahmenkatalog entwickelt.

- Wettbewerbsgleichheit

Zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft unterstützen wir ein engeres Zusammenwirken des Hauptzollamtes mit dem Fachwissen der Verbände.

Durchsetzung aller Vergabevorschriften durch jeden öffentlichen Auftraggeber und alle Fördermittelempfänger.

Die Auswahl fachlich geeigneter Bieter mit auskömmlich kalkulierten Preisen ist notwendig, um Bauleistungen hochwertig und termintreu fertig zu stellen.

Wir setzen uns für die Einhaltung der Handwerkerordnung ein, die wirksam gegen Billigangebote und Schwarzarbeit hilft. Einen wirksamen Beitrag in dieser Richtung sehen wir auch in der Einführung von echten Mindestlöhnen bei allen

Marktteilnehmern. Kombilohnmodelle könnten hierbei u.U. zeitweise als Übergangshilfen dienen.

- Wirtschaftspolitisch, sozial und ökologisch sinnvolle, regionale Auftragsvergabe der öffentlichen Hand

Wir setzen uns ein für die Wiedereinführung des bis 2002 bestehenden Vergabegesetzes, insbesondere dessen Geltungsbereichs und der Regelungen zur auskömmlichen Preisgestaltung.

Die wirtschaftliche Leistung soll nicht nur am Preis, sondern auch an der Qualität gemessen werden. Wir wollen, dass bei der öffentlichen Auftragsvergabe nicht die Unternehmen favorisiert sind, die ihr niedriges Angebot durch die Nichteinhaltung von Tarifverträgen erreichen.

Zur Stärkung des öffentlichen Auftragswesens im Land sind wir darüber hinaus für:

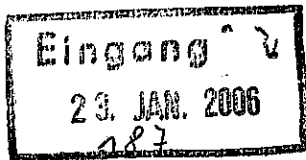
- die Einführung eines verbindlichen Präqualifikationssystems,
- die Anerkennung von Zahlungsfristen als Höchstfristen,
- die Gesamtkostenschau nach Ablauf der Gewährung,
- den regelmäßigen Verzicht auf Gewährleistungsbürgschaften und
- die Einführung des Vergabehandbuchs für alle Ebenen zur einheitlichen Rechtanwendung .

3. *...um die berechtigten Forderungen der Handwerksunternehmer gegenüber Auftraggebern zu unterstützen und sie vor Bankrotten zu schützen?*

Die geltenden Regelungen sollten auf ihre Effektivität hinterfragt und, wenn notwendig, weiter verschärft bzw. neue Gesetzestatbestände geschaffen werden.

Dies gilt für erweiterte Möglichkeiten der Abschlagzahlungen, wie sie u.a. im Werkvertragsrecht des BGB verankert sind, die Stärkung der Subunternehmer gegenüber dem Generalunternehmer durch wirksamere Durchsetzung des Zahlungsanspruchs, die Erweiterung der Bauhandwerkersicherung beim privaten Eigenheimbauer, die Möglichkeiten der vorläufigen Zahlungsanordnung bzw. Teil- und Vorbehaltsurteile, um langwierige Verfahren zu reduzieren.

Für zügige Gerichtsverfahren sollten spezialisierte Kammern für Handwerkerleistungen mit einem großen Bestand an (ehrenamtlichen) vereidigten Sachverständigen in Sachsen-Anhalt installiert werden.



**GESAMTVERBAND
HANDWERK
Sachsen-Anhalt e. V.**

Gesamtverband Handwerk Sachsen-Anhalt e. V.
39120 Magdeburg Gustav-Ricker-Straße 62

Die Linkspartei.PDS
Landesverband Sachsen-Anhalt
Landesvorsitzender
Herrn Matthias Höhn
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg

im Gründungs- und
Technologietransfer Zentrum Handwerk mbH
Gustav-Ricker-Straße 62
39120 Magdeburg



gtzh

Tel.: 0391/62 69 600

Fax: 0391/62 69 619

e-mail: gesamtvb@gtzh.de

Internet: www.gv-handwerk.de

Volksbank Magdeburg

Konto-Nr. 117 46 BLZ 810 932 74

Steuer-Nr. 101 141 00027

Magdeburg, 20.01.2006

Wahlpolitisches Forum des Handwerks am 02. März 2006 – Erweiterung zur vorliegenden Einladung

Sehr geehrter Herr Höhn,

die vom Gesamtverband Handwerk vorgesehene Veranstaltung hat bei den Betrieben und Einrichtungen des Handwerks ein derartiges Interesse gefunden, daß die Entscheidung getroffen wurde, dieses Forum auf eine größere Basis zu stellen.

Sehr geehrter Herr Höhn, wir laden im Namen des Handwerkstages Sachsen-Anhalt den Spitzenkandidaten und den wirtschaftspolitischen Sprecher Ihrer Partei zum Wahlpolitischen Forum des Handwerks Sachsen-Anhalts (*zum gleichen Termin*)

**am Donnerstag, dem 02. März 2006 um 14.00 Uhr
in die Schweißtechnische Lehranstalt Magdeburg
An der Sülze 7 in 39179 Barleben**

recht herzlich ein.

Ich bitte Sie um Verständnis für diese Änderung.

Wie in unserem Schreiben vom 10.01.2006 bereits mitgeteilt, bitten wir um eine Information über die Teilnahme am Wahlpolitischen Forum bis zum **10. Februar 2006** zu informieren.

Den aktualisierten Ablaufplan mit den Namen der Vertreter der Parteien stellen wir Ihnen 1 Woche vor der Veranstaltung zu.

Gesamtverband Handwerk Sachsen-Anhalt e. V.

Seite 2 zum Schreiben

In den Organisationen und Einrichtungen des Handwerks werden in Vorbereitung der Wahl Wahlprüfsteine erarbeitet, die Ihnen der Handwerkstag Sachsen-Anhalts ebenfalls rechtzeitig vor unserer Veranstaltung zustellen wird.


Der Ablauf der Veranstaltung ist wie folgt vorgesehen:

- 5 min Begrüßung und Einführung
 - 45 min Darstellung der Aussagen zu den drei vorgegebenen wirtschaftspolitischen Problembereichen (siehe Einladung vom 10.01.2006)
Redezeit pro Partei 8 min
 - 90 min Fragestellung und Diskussion
- Ca. 16.30 Uhr Ende der Veranstaltung

Sehr geehrter Herr Höhn, da wir für das Auditorium eine Visualisierung Ihrer Programmatik zu drei Problembereichen planen, bitten wir Sie, uns zu jeder Frage die aus Ihrer Sicht wesentlichen Schlagworte im voraus bekannt zu geben (siehe Anlage). Diese sollen die Aussagen der Parteien für unsere Handwerker überschaubarer machen.

Für eventuelle Rückfragen und Hinweise steht Ihnen die Geschäftsstelle unter Tel. 0391/62 69 600 gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Gesamtverband Handwerk Sachsen-Anhalt e. V.


i. A. Hans-Jörg Schuster
Präsident

Anlage
Fragen des Handwerks



Landtagswahl 2006

Fragen des Handwerks an die Parteien

Wir bitten Sie, sich in Ihrer Argumentation auf drei für unseren Bereich besonders bedeutsame Probleme zu konzentrieren:

○ *Was planen Sie bei Ihrer Regierungsbeteiligung*

1. für die Investitionspolitik, die Ansiedlungspolitik und die Eigenkapitalstärkung handwerklicher Unternehmen?

○ *Was planen Sie bei Ihrer Regierungsbeteiligung*

2. für die Schaffung von Perspektiven im Handwerk, beispielsweise durch
 - Beseitigung bürokratischer Hemmnisse und Gestaltung maßvoller, sachlich angemessener Auflagen
 - Gestaltung finanzpolitischer Rahmenbedingungen
 - Wettbewerbsgleichheit
 - Wirtschaftspolitisch, sozial und ökologisch sinnvolle regionale Auftragsvergabe der öffentlichen Hand

○ *Was planen Sie bei Ihrer Regierungsbeteiligung*

3. um die berechtigten Forderungen der Handwerksunternehmer gegenüber Auftraggebern zu unterstützen und sie vor Bankrotten zu schützen?